

2. Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie
Im Brennpunkt: Green Economy

Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2012/2013

Herausgeber/innen

Professor Dr. Holger Rogall (Geschäftsführender Herausgeber)

Professor Dr. Hans-Christoph Binswanger

Professor Dr. Felix Ekardt

Professor Dr. Anja Grothe

Professor Wolf-Dieter Hasenclever

Professor Dr. Ingomar Hauchler

Professor Dr. Martin Jänicke

Professor Dr. Karl Kollmann

Professor Dr. Nina V. Michaelis

Professor Dr. Hans G. Nutzinger

Professor Dr. Gerhard Scherhorn

Redaktion

Der Redaktionssitz befindet sich an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin (HWR-Berlin) bei Professor Dr. Holger Rogall, Badensche Str. 52, 10825 Berlin. Zum Mitarbeiterteam gehören: Jolina Flötotto, Sarah Gül, Rosa Haberland, Mira Klausen, Sven Klinkow.

2. Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie

Im Brennpunkt: Green Economy

Metropolis Verlag
Marburg 2012

Das Projekt Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie wurde gefördert durch das:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Bibliografische Informationen der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH

www.metropolis-verlag.de

Copyright: Metropolis-Verlag, Marburg 2012

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-89518-977-7

Inhalt

Ziele und Struktur	9
A. Vorwort	13
B. Brennpunkt	17
Holger Rogall, Gerhard Scherhorn Green Economy	
C. Trends der globalen Herausforderungen	45
D. Themenkomplexe	93
<i>Teil 1: Alternativen der Nachhaltigen zur traditionellen Ökonomie</i>	<i>93</i>
Hans G. Nutzinger, Holger Rogall Was bleibt von der Neoklassik	93
Christian Felber Gemeinwohl-Ökonomie – Ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft	117
Karlheinz Ruckriegel Glücksforschung – Erkenntnisse und Konsequenzen für die Zielsetzung der (Wirtschafts-)Politik	129
<i>Teil 2: Wachstumsdiskussion</i>	<i>149</i>
Ingomar Hauchler Wert und Unwert des Wachstums.....	149

Michael von Hauff, Nicola Seitz Begründung und Realisierung eines Wachstums nach dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung	177
<i>Teil 3: Ethik und Menschenbild der Nachhaltigen Ökonomie</i>	
Gisela Kubon-Gilke Ökonomik der Nachhaltigkeit: Anmerkungen zu Ethik und Menschenbild	199
<i>Teil 4: Institutionelle Perspektiven, neue Instrumente und Messsysteme</i>	
Felix Ekardt Grundlagen politisch-rechtlicher Nachhaltigkeitsinstrumente.....	223
Stefan Klinski Nachhaltigkeit im deutschen und europäischen Verfassungskontext.....	239
Birgit Soete, Renate Schubert, Julia Blasch Gestaltung und Finanzierung der Transformation von Energiesystemen	261
Estelle L.A. Herlyn, Franz Josef Radermacher Ökosoziale Marktwirtschaft: Wirtschaften unter Constraints der Nachhaltigkeit.....	281
<i>Teil 5: Globale Aspekte einer Nachhaltigen Ökonomie</i>	
Leticia Armenta Fraire, Carolin Bessing, Nina V. Michaelis Renewable Energy Strategies in Germany and Mexico as a Contribution to a Sustainable Economy	301
<i>Teil 6: Handlungsfelder der Nachhaltigen Ökonomie</i>	
Rolf Kreibich Multi- und transdisziplinäre Grundlagen durch Zukunftsforschung.....	325

Felix Fuders, Manfred Max-Neef Regionalwährungen gegen eine globale Krise und für eine nachhaltige regionale Entwicklung	345
Anja Grothe Nachhaltigkeitsmanagement	363
Edelgard Bulmahn, Anita Tiefensee Wie kann Nachhaltigkeit in der Praxis gelingen? – Wege zu einem sozial-ökologischen Wandel	385
Viviane Scherenberg Nachhaltigkeit in der Gesundheits- und Präventionspolitik	403
Christine Lacher Zentrale Rahmenbedingungen für die Transformation zu einer nachhaltigen Gütermobilität.....	427
E. Anhang	449
Langfassung der Kernaussagen der Nachhaltigen Ökonomie	449
Autoren und Herausgeber	487

Ziele und Struktur

Mit dieser Veröffentlichung liegt Ihnen die zweite Ausgabe des Jahrbuchs Nachhaltige Ökonomie vor. Das vom Bundesministerium für Umwelt geförderte Jahrbuch wendet sich an alle Wissenschaftler¹, Politiker, Lehrende, Studierende, Fachleute und interessierte Leser, die am Diskurs über die Entwicklung und Durchsetzung einer nachhaltigen Wirtschaftslehre interessiert sind. Damit soll der nächste Schritt in der Diskussion um eine nachhaltige Wirtschaftslehre vollzogen werden. Die Herausgeber und Autoren hoffen, mit dem Werk ein Forum für Diskussionen über die Inhalte der Nachhaltigen Ökonomie geschaffen zu haben.

An der Entwicklung der Grundlagen der Nachhaltigen Ökonomie (früher Neue Umweltökonomie genannt) und dem Nachhaltigkeitsmanagement wird seit den 1990er Jahren in der HWR-Berlin gearbeitet. Seit 2002 unterstützt die Gesellschaft für Nachhaltigkeit (GfN e.V.) diesen Prozess. Nach einigen vorbereitenden Büchern veröffentlichte Professor Dr. Holger Rogall, Hochschullehrer für Nachhaltige Ökonomie, 2009 das gleichnamige Lehrbuch, das die Grundlagen dieser neuen Wirtschaftsschule aus den Veröffentlichungen der Sustainable Science zusammenfasst. Parallel zur Erstellung des Buches initiierte die GfN die Gründung des Netzwerkes Nachhaltige Ökonomie (www.nachhaltigeoekonomie.de) und warb bei wichtigen Vertretern der Sustainable Sciences um die Unterstützung ihrer Kernaussagen. Heute unterstützen über 250 Personen und Organisationen diese Aussagen, darunter über 90 renommierte Wissenschaftler wie Hans Christoph Binswanger, Gerhard Scherhorn und Ernst Ulrich von Weizsäcker. Im Jahr 2011 erschien das Schwesterlehrbuch zur Nachhaltigen Ökonomie „Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre für Studierende des 21. Jahrhunderts“ und Anfang 2012 die zweite stark erweiterte Auflage der „Nachhaltigen Ökonomie“. Für beide Grundlagenwerke wurden umfangreiche Lehrmaterialien erstellt, die auf den Webseiten herunter geladen

¹ Zur besseren Lesbarkeit wird nur die männliche Schreibweise verwendet, sie schließt immer die weibliche mit ein.

werden können (www.holger-rogall.de, www.nachhaltige-oekonomie.de, www.gfn-online.de). Mittels einer erneuten Förderung durch das BMU wird die Erstellung der ersten vier Jahrbücher ermöglicht.

Ein Teil der Netzwerkmitglieder möchte mit der Nachhaltigen Ökonomie eine neue Wirtschaftsschule gründen, die neben der Neoklassik und dem Keynesianismus steht, andere die bisherigen Schulen von Grund auf reformieren und um Nachhaltigkeitsaspekte erweitern, wiederum andere die beiden traditionellen Schulen ersetzen. Für diese teils unterschiedlichen Zielsetzungen, jedoch geeint in der Überzeugung, dass die bestehende Wirtschaftsweise nicht zukunftsfähig ist, soll das vorliegende Jahrbuch sowie auch die folgenden einen bedeutenden Beitrag leisten.

Inhaltlich orientiert sich das Jahrbuch an den im Netzwerk 2009 beschlossenen Kernaussagen (Langfassung der Kernaussagen siehe Anhang). Nachhaltige Ökonomie wird hier als „ökonomische Theorie der Nachhaltigkeit unter Berücksichtigung der transdisziplinären Grundlagen“ definiert, welche auf den ethischen Nachhaltigkeitsprinzipien der intra- und intergenerativen Gerechtigkeit, der Verantwortung und Solidarität, der Vorsorge, Dauerhaftigkeit und Angemessenheit sowie den Prinzipien einer nachhaltigen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit beruht.

Die Jahrbücher weisen folgende wiederkehrende Struktur auf:

- A. *Vorwort*
- B. *Brennpunkt*: Aktuelles Schwerpunktthema
- C. *Aktuelle Trends der globalen Herausforderungen*
Aktuelle Daten zu den 15 zentralen Problemfeldern
- D. *Themenkomplexe*: Autorenbeiträge zu den sechs Themenfeldern:
 - (1) Alternativen der Nachhaltigen Ökonomie zur traditionellen Ökonomie (Kritik und Nachhaltigkeitsdebatte)
 - (2) Wachstumdiskussion
 - (3) Ethik und Menschenbild der Nachhaltigen Ökonomie
 - (4) Institutionelle Perspektiven, neue Instrumente und Messsysteme
 - (5) Globale Aspekte einer Nachhaltigen Ökonomie
 - (6) Handlungsfelder der Nachhaltigen Ökonomie
- E. *Anhang* (Kernaussagen der Nachhaltigen Ökonomie, Autoren und Herausgeber)

Die Herausgeber und das Netzwerk Nachhaltige Ökonomie bekennen sich zu einem „Pluralistischen Ansatz ohne Beliebigkeit“. Das kommt auch im Jahrbuch zum Ausdruck. Das Jahrbuch bietet für alle Autoren, die die Kernaussagen der Nachhaltigen Ökonomie unterstützen, die Möglichkeit sich an der Diskussion und Entwicklung der Nachhaltigen Ökonomie zu beteiligen. Auswahlkriterium für eine Veröffentlichung ist die wissenschaftliche Qualität der Arbeiten. Damit geben nicht alle Beiträge die Positionen der Herausgeber, des Redaktionsteams und des Netzwerks wieder, sondern sollen als Diskussionsbeiträge verstanden werden.

A. Vorwort

Im Sommer dieses Jahres tagte in Rio de Janeiro die dritte Nachfolgekonzferenz der Vereinten Nationen über Nachhaltige Entwicklung. Obwohl der Ausblick auf den Weltgipfel nach den ernüchternden Ergebnissen der Konferenzen Rio +5 1997 in New York und Rio +10 2002 in Johannesburg auch diesmal wenig erfolgversprechend war, hatten wir als Herausgeber des Jahrbuchs dennoch die Hoffnung, dass die Rio-Konferenz der globalen Nachhaltigkeitspolitik einen neuen Antrieb verleihen könnte.

Das enttäuschende Ergebnis des Gipfels stand jedoch bereits fest, bevor die Konferenz überhaupt begonnen hatte. Aus Angst man könne bei den Verhandlungen zu keiner Einigung gelangen, wurden schon kurz vor dem Beginn der eigentlichen Konferenz sämtliche umstrittenen Punkte aus dem Abschlussdokument entweder deutlich abgeschwächt oder ganz entfernt. Die Einigung, die durch die vorgelegte Abschlussklärung „The Future We Want“ erzielt wurde, ist dabei nicht mehr als eine schlechte Kompromisslösung, die lediglich den kleinsten gemeinsamen Nenner der Staats- und Regierungschefs widerspiegelt, nicht aber den Weg in dringend notwendige Reformen weist. Stattdessen ist das Dokument unpräzise und lässt entscheidende Punkte offen.

Viele Hoffnungen konzentrieren sich nun auf die Weiterentwicklung des Wirtschaftskonzepts „Green Economy“, welches als eines der Kernthemen aus der diesjährigen Rio-Konferenz hervorgegangen ist. Wie umfassend eine „Green Economy“ zu verstehen ist, bleibt jedoch umstritten. So könnte Green Economy sowohl einen grundlegenden Umbau unseres Wirtschaftens hin zu einer nachhaltigen sozial-ökologischen Marktwirtschaft bedeuten oder aber eng auf den Ausbau der Umwelttechniken beschränkt bleiben (unter Beibehaltung aller anderen Produkte und Strukturen). Zudem entbrennen an der Diskussion um eine Green Economy die alten Konflikte zwischen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum, zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit sowie die Auseinandersetzung darüber, wie stark der Staat bzw. die Politik in die Marktprozesse eingreifen darf oder muss.

Entsprechend unverbindlich bleibt daher auch die Rio-Abschlussklärung. In ihr heißt es, Green Economy sei *ein* wichtiges Instrument, um eine Nachhaltige Entwicklung zu erreichen und sie könnte Optionen zur Politikgestaltung bereit halten, sie *solle jedoch keine rigiden Regeln vorgeben*. Ohne klares Leitkonzept und konkrete Maßnahmen bleibt Green Economy jedoch lediglich ein schönes Modewort. Denn eine Politik der Freiwilligkeit lässt sämtliche gesicherte Erkenntnisse der Sustainable Sciences, wie etwa das Gefangenendilemma, die Problematik der Externalitäten, Diskontierung und das Allmende-Problem, außer acht.

Das vorliegende zweite Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie widmet sich daher im Schwerpunkt dem Thema „Green Economy“ und den Bedingungen und Möglichkeiten ihrer Umsetzung. Dabei wollen wir jedoch nicht begrifflich stehen bleiben, sondern uns auch darauf konzentrieren, wie Green Economy im Rahmen der Nachhaltigen Ökonomie weitergedacht werden kann.

Die Autoren des Brennpunkts, *Gerhard Scherhorn* und *Holger Rogall*, gehen hierzu zunächst auf die Debatte über den Rio-Folgeprozess in den letzten zwei Jahrzehnten ein und kommen zu einer differenzierten Bewertung zwischen enttäuschten Hoffnungen und Erfolgen. Denn obwohl das Prinzip Nachhaltiger Entwicklung bisher nicht zum Leitbild unserer Wirtschafts- und Lebensweise geworden ist, hat der Rio-Prozess wesentlich dazu beigetragen, diesen Zielpunkt in das weite öffentliche Interesse zu befördern. Im Anschluss an diese Bewertung diskutieren die Autoren schließlich die Frage, wie das neue Leitkonzept einer „Green Economy“ interpretiert und im Zuge eines nachhaltigen Umbaus der Volkswirtschaften realisiert werden kann.

Die folgenden Kapitel des Jahrbuchs widmen sich den sechs Themenkomplexen der Nachhaltigen Ökonomie. Diese Beiträge liefern wichtige Ansatzpunkte dafür, wie eine Transformation im Sinne des Leitbildes Nachhaltige Entwicklung gelingen kann.

Im *ersten Themenkomplex* (Alternativen zur traditionellen Ökonomie) setzen sich *Hans G. Nutzinger* und *Holger Rogall* mit der Frage auseinander, welche Inhalte die Nachhaltige Ökonomie von der Neoklassischen Ökonomie übernehmen kann und welche neu formuliert werden müssen. *Christian Felber* stellt in seinem Beitrag die Grundlagen der Gemeinwohl-Ökonomie dar, die innerhalb der Nachhaltigen Ökonomie eine weitreichende Perspektive zum Umbau der heute existierenden Marktwirtschaften eröffnet, jedoch im Netzwerk Nachhaltige Ökonomie weiter

diskutiert werden muss. *Karlheinz Ruckriegel* setzt sich in seinem Beitrag mit den Erkenntnissen der Glücksforschung auseinander und zeigt auf, dass die wesentlichen Paradigmen der Neoklassik überholt sind. Damit leistet er einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaftslehre, die sich das Netzwerk Nachhaltige Ökonomie zur zentralen Aufgabe gemacht hat.

Im *zweiten Themenkomplex* (Wachstumsdiskussion) beschäftigt sich *Ingomar Hauchler* mit der Frage, welchen Wert wirtschaftliches Wachstum für die Lebensqualität der Gesellschaft hat. Im Anschluss hinterfragen *Michael von Hauff* und *Nicola Seitz* in ihrem Beitrag, wie ein Wachstum nach dem Leitbild Nachhaltiger Entwicklung (von anderen als „Wirtschaftliche Entwicklung in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit“ (Rogall 2012) oder Green Growth (Jänicke 2012) bezeichnet) realisiert werden kann.

In *Teil drei* (Ethik und Menschenbild) beschäftigt sich *Gisela Kubon-Gilke* mit dem Menschenbild in der Nachhaltigen Ökonomie. In ihrem Beitrag wird argumentiert, dass sich das Konstrukt des Homo oeconomicus auch im Nachhaltigkeitszusammenhang zumindest in Teilfragen als Verhaltensannahme rechtfertigen lässt, dennoch eine psychologisch untermauerte Theorie tatsächlicher Verhaltensdispositionen unumgänglich ist.

Im *vierten Themenkomplex* (Institutionelle Perspektiven, neue Instrumente und Messsysteme) skizziert *Felix Ekardt* in seinem Beitrag, unter welchen Bedingungen politische Steuerung effektiv – auf Regelungsebene und auf Vollzugsebene – sein kann. Dies geschieht ausgehend vom Beispiel selbstregulativer Instrumente. *Stefan Klinski* geht der Frage nach, welche Rolle der Nachhaltigkeit im deutschen und europäischen Recht zukommt. Er betrachtet hierfür einerseits den erreichten Stand der Gesetzgebung und zeigt andererseits auf, welche Spielräume, Begrenzungen und strukturellen Probleme sich aus dem Grundgesetz und den EU-Verträgen für eine konsequente Weiterentwicklung konkreter Rechtsinstrumente und die allgemeine Durchdringung des Rechts mit dem Nachhaltigkeitsanspruch ergeben. *Birgit Soete, Renate Schubert und Julia Blasch* schreiben über den notwendigen ökonomisch-gesellschaftlichen Transformationsprozess, der eine Nachhaltige Entwicklung bedeutet. *Franz Josef Radermacher und Estelle Herlyn* beschäftigen sich mit den Bedingungen einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft (von Hauff (2009/05) und Rogall (2012) sprechen von einer nachhaltigen Marktwirt-

schaft), die einen Ansatz zur Operationalisierung einer Nachhaltigen Ökonomie darstellt.

In Teil fünf (Globale Aspekte der Nachhaltigen Ökonomie) gehen die Autoren der Frage nach, welche spezifischen Bedingungen eine Nachhaltige Ökonomie in Schwellenländern zu berücksichtigen hat. *Leticia Armenta Fraire, Carolin Bessing und Nina V. Michaelis* untersuchen in einem Vergleich die Strategien der Einführung von Erneuerbaren Energien in Deutschland und Mexiko.

Der *sechste Teil* (Handlungsfelder) beschäftigt sich mit Einzelaspekten des nachhaltigen Wirtschaftens wobei sich immer wieder die Frage ergibt, wo künftig Abgrenzungen notwendig werden könnten. *Rolf Kreibich* setzt sich mit den multi- und transdisziplinären Grundlagen der Nachhaltigen Ökonomie am Beispiel ausgewählter Forschungsergebnisse auseinander. *Felix Fuders und Manfred Max-Neef* erläutern, welche Vorteile die in immer mehr Regionen von privaten Initiativen eingeführten Regionalwährungen nach dem Konzept Silvio Gesells im Gegensatz zu unserem gegenwärtigen Finanzsystem aufweisen und eine Entwicklung nach menschlichem Maß ohne Zwang zu Wachstum erlauben. Auch diese Frage muss im Netzwerk weiter diskutiert werden. *Anja Grothe* beschäftigt sich mit den zentralen Inhalten des Nachhaltigkeitsmanagements. Sie leistet damit den ersten Beitrag zum Brückenschlag von der bisher gesamtwirtschaftlichen Nachhaltigen Ökonomie zum Nachhaltigkeitsmanagement. Dieser Verbindungsprozess wird künftig im Netzwerk vertieft. *Edelgard Bulmahn und Anita Tiefensee* setzen sich mit den Zwischenergebnissen der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ auseinander. *Viviane Scherenberg* diskutiert Aspekte der sozialen Gerechtigkeit, Für- und Vorsorge, die zwangsläufig mit Nachhaltigkeit verbunden und gesellschaftlich immanent wichtig sind. *Christine Lacher* geht den Fragen einer neuen Rahmenordnung für einen nachhaltigen Transformationsprozess des Güterverkehrs nach.

Wir bedanken uns bei Peter Franz und Dr. Jutta Emig, die durch ihre Unterstützung die schnelle Entwicklung des Netzwerks Nachhaltige Ökonomie ermöglichten und hierdurch zur Verbreitung der Nachhaltigen Ökonomie beitrugen. Ein ganz besonderer Dank geht auch an Sahra Koep, Tanja Nowak und Lisa Schlesewsky, die uns großzügig bei der Erstellung des Manuskriptes unterstützt haben.

Holger Rogall

B. Brennpunkt

Holger Rogall, Gerhard Scherhorn¹

Green Economy

„Green Economy im Kontext nachhaltiger Entwicklung und Armutsreduzierung“, so lautete das Schwerpunktthema des Weltgipfels Rio+20 im Sommer dieses Jahres. Ausgehend vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP, wurde der Begriff „Green Economy“ inzwischen von unterschiedlichsten Akteuren wie der OECD, der Weltbank, der EU, Umweltverbänden, Universitäten und teilweise auch von der Wirtschaft aufgegriffen. In Deutschland veröffentlichten das BMU und der BDI ein gemeinsames „Memorandum für eine Green Economy“ (BDI, BMU 2012/06). „Green Economy“ hat das Potential, ein weiterer „schöner Begriff ohne ausreichende Konsequenzen“ zu werden, oder aber den Start in eine neue Epoche der menschlichen Entwicklung zu markieren. Hierfür müsste die Politik allerdings ihren Gestaltungsprimat wieder ernst nehmen, einen Ordnungsrahmen entwickeln und durchsetzen. Europa könnte hier als Vorreiter vorangehen.

¹ Die Autoren bedanken sich bei Jolina Flötotto und Rosa Haberland für ihre Recherchearbeit.

1 Rio+20 – ein Zwischenfazit

1.1 Chronologie des Rio-Folgeprozesses

Bevor wir uns der Frage zuwenden, was „Green Economy“ im Rahmen eines nachhaltigen Umbaus der Volkswirtschaften bedeuten könnte, wollen wir eine kurze Zwischenbilanz zum Rio-Folgeprozess ziehen.

Seit dem Rio-Gipfel 1992 verbreitete sich das neue Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung über die ganze Welt. In einer Reihe von Rio-Folge-Fachkonferenzen, dem Millenniums-Gipfel von 2000 und dem Weltgipfel 2002 in Johannesburg wurde versucht, den Begriff „Nachhaltigkeit“ zu konkretisieren (eine umfangliche Liste findet sich in SEF 2006: 379).

Die Europäische Union hat sich auf der Tagung des Europäischen Rates im Jahr 1992 in Lissabon verpflichtet, die Beschlüsse der Rio-Konferenz umzusetzen und sich in ihrem fünften und sechsten Umweltaktionsprogramm ausdrücklich zu den Grundsätzen einer „dauerhaften und umweltgerechten“ Entwicklung bekannt. Im Jahr 1998 wurde das Ziel der Nachhaltigen Entwicklung u.a. in die Präambel des EU-Vertrages (Vertrag von Lissabon) als eine Art Staatszielbestimmung der EU aufgenommen. Weiterhin wurde in Art. 6 das Prinzip der Integration festgelegt, nach dem Umweltaspekte nicht mehr separat, sondern in allen Sektoren integrativ zu behandeln sind. 2001 hat der Europäische Rat in Göteborg die von der Kommission erarbeiteten Grundzüge einer EU-Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen (EU-Kommission 2001/05).

In Deutschland wurde der Schutz der Umwelt im Jahr 1994 im Art. 20a GG als Staatsziel verankert. Viele Autoren – und auch die Bundesregierung – interpretieren dies als Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips im Grundgesetz (BMU 1997/02: 10). Seitdem haben sich alle Bundesregierungen ausdrücklich zu den Zielen einer Nachhaltigen Entwicklung bekannt (BMU 1998/04, 1998; BR 2002/04, 2004/10, 2008/11, 2012/02). Im Herbst 1998 wurden ein Nachhaltigkeitsrat und ein Staatssekretärsausschuss („Green Cabinet“) eingesetzt. Im Frühjahr 2002 verabschiedete die Bundesregierung eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie („Perspektiven für Deutschland“). In den Jahren 2004, 2005, 2008 und 2012 legte sie Fortschrittsberichte hierzu vor (BR 2004/10, 2008/11, 2012/02). Der Bundestag setzte zwischen 1994 und 2012 eine Reihe von Enquete-Kommissionen ein, die wichtige Beiträge für die Nachhaltigkeitsdiskussion leisteten.

1.2 Kritik am Rio-Folge-Prozess

Trotz der skizzierten Entwicklung fällt die Bewertung der bislang erreichten Zwischenziele zwiespältig aus. Von verschiedenen Autoren werden die folgenden Kritikpunkte vorgebracht:

- Nachhaltigkeit ist nicht zum Leitprinzip geworden: Die erhoffte sozial-kulturelle und wirtschaftlich-technische Transformation in eine nachhaltige Gesellschaft hat bislang nicht stattgefunden. Vielmehr werden die Nachhaltigkeitsstrategien inkonsequent umgesetzt und als zusätzliche Aufgabe verstanden. So wurden die globalen wirtschafts-politischen Fragestellungen und die Nachhaltigkeitsziele bislang unzureichend miteinander verknüpft. Wirtschaftliche Problemstellungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) wurden und werden völlig unabhängig vom Rio-Folgeprozess behandelt (Fues, Hamm 2001: 21).

Diese kritische Bewertung gilt abgeschwächt auch für die EU und Deutschland. Auf keiner politischen Ebene (von den Kommunen bis zur EU) sind die Prinzipien und Ziele einer Nachhaltigen Entwicklung ausreichend zum übergeordneten Leitprinzip geworden. Keine politische Institution hat bislang die notwendigen politisch-rechtlichen Voraussetzungen für eine konsequente Nachhaltigkeitspolitik geschaffen.

- Nachhaltigkeit ist nur begrenztes Staatsziel: Die Aussage des BMU „In Deutschland wurde das Prinzip der Nachhaltigkeit 1994 als Staatsziel im Grundgesetz verankert“ (BMU 1997/02: 10) stellt den rechtlichen Gehalt von Art. 20a GG plakativ vereinfachend dar. Erstens umfasst Umweltschutz bekanntlich nur eine Dimension der Nachhaltigkeit. Zweitens hat der Gesetzgeber bei der Anwendung einen sehr großen politischen Beurteilungs- und Gestaltungsspielraum, insbesondere wenn es zur Abwägung mit anderen Verfassungsgütern kommt (z.B. dem Eigentumsgrundrecht). Das Staatsziel hat nämlich nicht die Funktion eines obersten Politik leitenden Grundsatzes – wie es der Anspruch des Nachhaltigkeitsleitbildes ist –, sondern muss sich in das Gesamtgefüge vieler rechtsdogmatisch an sich gleichrangiger Verfassungsgebote und Grundrechte einordnen, unter Umständen also auch unterordnen (Klinski 2012, in diesem Jahrbuch).

- Der Begriff Nachhaltige Entwicklung ist eine inhaltsleere Hülle: Heute berufen sich fast alle gesellschaftlichen Akteursgruppen auf das Leitprinzip der Nachhaltigen Entwicklung, vertreten aber tatsächlich völlig gegensätzliche Positionen. Dabei handelt es sich also häufig eher um eine ideologische Täuschung, um die tatsächlichen Interessen der Akteure zu verschleiern (Grunwald; Kopfmüller 2012: 220).
- Unbekanntheit trotz jahrelanger Diskussion: Der Bekanntheitsgrad des Begriffs „Nachhaltige Entwicklung“ hat zwar von 13% (2000), über 28% (2002) und 22% (2008) auf 43% zugenommen („Ja, schon davon gehört“, BMU 2010/11: 40). Doch bleibt seine Bedeutung für die Bevölkerung sehr diffus (WI 2006/10: 14).
- Die Leitidee schürt Illusionen und kann als ideologischer Täuschungsversuch betrachtet werden: Angesichts der Steuerungsprobleme diene die Leitidee eher der Beruhigung der Gesellschaft („es wird schon“). Auch wird kritisiert, dass die moralische Aufgeladenheit in der Diskussion utopische Hoffnungen auf einen paradiesischen Zustand nährt (Grunwald; Kopfmüller 2012: 220). Der Nachhaltigkeitsbegriff verdecke so die realen Interessenkonflikte der Akteure und die Macht-konstellationen (Grunwald 2003: 326).
- Die existenzielle Bedeutung der natürlichen Lebensgrundlagen wird zu Gunsten von Optimierungszielen verdrängt: Der ursprüngliche Kern des Leitprinzips Nachhaltige Entwicklung, für einen dauerhaften Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu sorgen, drohe zu Gunsten einer Abwägung zwischen den drei Zieldimensionen vergessen zu werden. Im Verlauf der letzten drei Weltgipfel gab es keine nennenswerten Umweltschutzbeschlüsse mehr.
- Unzureichende Maßnahmen: Weiterhin beurteilt die Mehrzahl der Autoren die weltweit durchgeführten Maßnahmen bislang als eher ernüchternd (EU-Kommission 2003, BMU 2007/07: 397). Sie befürchten, dass es zu einem konsequenten Nachhaltigkeitsprozesses erst nach einem Wechsel der ressourcenintensiven Lebensstile kommen kann. Einige gehen sogar davon aus, dass das globale Ziel der Nachhaltigen Entwicklung von vielen Staaten durch das Prinzip der „Globalisierung ohne Schranken“ ersetzt worden ist.

Die Autoren der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ von 2008 kommen zu folgendem Fazit: „Doch die Wende zu einer Politik der Nachhal-

tigkeit ist offenkundig noch nicht gelungen, weder national noch international. Es zeigt sich immer deutlicher: Kleine Kurskorrekturen reichen nicht.“ (BUND et al. 2008: 16).

1.3 Positive Entwicklungen

Diesen Kritikpunkten sind positive Entwicklungen gegenüberzustellen:

- Nachhaltigkeit wurde zum international anerkannten Prinzip: Faktisch alle staatlichen Ebenen (von den Kommunen über die Landes- und Bundesebene, der EU und den multinationalen Organisationen) wird das neue Leitbild anerkannt (Rogall 2003: 30). In den 1990er Jahren wurden in fast allen Staaten, die noch keine Umweltministerien hatten, Umweltbehörden eingeführt (Jänicke 2012: 142). In der EU und den Mitgliedsstaaten wurden Nachhaltigkeitsstrategien und eine Reihe von Normen beschlossen, die für andere Staaten beispielgebend sind (s. Rogall 2012, Kap. 7 und 9.7). Die Bundesregierung hat in ihrem Fortschrittsbericht 2008 und 2012 eine relativ ungeschönte Bilanz des bisher Erreichten und der noch offenen Herausforderungen der Öffentlichkeit vorgestellt und Nachhaltigkeit zum Leitprinzip der Politik erklärt (BR 2008/11: 11 und 2012/02: 12). In allen Bundesländern und in mehr als 2.300 Kommunen fanden in Deutschland Agendaprozesse statt (BR 2002/04: 54).
- Nachhaltigkeit wird auch gesellschaftlich anerkannt, die Inhalte sind in der Bevölkerung verankert: In der Mehrzahl der europäischen Staaten bekennen sich heute (fast) alle gesellschaftlich relevanten Gruppen zum Leitbild der Nachhaltigkeit. In den zweijährlich durchgeführten repräsentativen Meinungsumfragen in Deutschland stimmt seit 2000 eine ganz überwiegende Mehrheit den zentralen Prinzipien einer Nachhaltigen Entwicklung zu (Rogall 2012: 55). Weiterhin haben zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen eine Nachhaltige Entwicklung zu einem zentralen Bestand ihrer Arbeit erklärt oder wurden neu gegründet (z.B. die Erdcharta, www.erdcharta.de, Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen – SRzG, www.srzg.de, BUND).
- Minderung des Ressourcenverbrauchs: Das Beispiel Deutschland zeigt, dass unter bestimmten Voraussetzungen (moderate Wachstumsraten, sozial-ökologische Leitplanken, konsequenter Umbau der

Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie

Ende der Leseprobe.

Weitere Informationen erhalten Sie unter: [Metropolis Verlag](#)